

**Rede  
des Sprechers für Baupolitik**

**Dirk Adomat, MdL**

zu TOP Nr. 17c

Aktuelle Stunde

**Erfolgreiche Bündnisarbeit für Niedersachsen -  
gemeinsam günstigen Wohnraum schaffen**

Antrag der Fraktion der SPD – Drs. 18/2075

während der Plenarsitzung vom 14.11.2018  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Und weil es ein Grundbedürfnis ist, muss Wohnen für alle bezahlbar sein.

Nur immer weniger Haushalte sind in der Lage, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Immer mehr Haushalte haben ein Problem, die steigenden Mieten zu finanzieren. Mietpreise steigen schneller als die Einkommen. Bei den einkommensschwachen Haushalten ist die Lage dramatisch.

Niedrige Zinsen haben dazu geführt, dass die Investition in Grund und Boden für Kapitalanleger höchst attraktiv ist. Der Staat hat sich aus der Wohnraumförderung zurückgezogen. Ihnen allen dürfte noch die Diskussion um die Fehlbelegung des mit staatlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbaus geläufig sein.

In Niedersachsen werden aktuell jährlich nur 1.000 Wohnungen fertiggestellt, die einer Mietpreisbindung unterliegen. Noch sind rund 75.000 Wohnungen in der Bindung, es ist also völlig klar, dass damit in den nächsten Jahren weitere Wohnungen aus der Bindung fallen werden. Das Ziel ist daher, in den nächsten zehn Jahren jährlich 4.000 Wohnungen zu bauen. In Summe also 40.000 Wohnungen.

Es gehört zu den Aufgaben der Politik, Problemlagen zu erkennen und gegenzusteuern. Und meine Damen und Herren, das passiert gerade.

Im März wurde das Bündnis für bezahlbares Wohnen in Niedersachsen initiiert. Die Idee des Verbandes für Wohnungswirtschaft wurde von unserem Bauminister aufgegriffen und das Bündnis für bezahlbares Wohnen ins Leben gerufen. Sehr schnell haben sich mehr 60 Personen aus unterschiedlichen Interessengruppen gefunden, um aktiv im Bündnis mitzuarbeiten. Letzte Woche hat das Bündnis beim 16. Wohnungspolitischen Kongress die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vorgelegt.

Mein Dank geht schon jetzt an alle Akteure des Bündnisses. Sie haben sehr gute Arbeit geleistet, denn die Ergebnisse können sich sehen lassen, sie sind umsetzbar.

Fünf Arbeitsgruppen haben sich mit Förderung, den Grundstücken, den Bauvorschriften, den Gebäuden und dem Handwerk und der Entwicklung im Bestand auseinandergesetzt. Insgesamt wurden genau 100 Vorschläge für Maßnahmen erarbeitet. Beispielhaft nenne ich die Erhöhung der förderfähigen Baukosten und des Tilgungsnachlasses. Das ist auch zwingend erforderlich, wenn mietpreisgebundener Wohnraum rentabel erstellt werden soll. Dazu müssen wir die Bundesmittel um einen erheblichen Landesanteil aufstocken. Das erwartet letztlich der Bund von allen Ländern, auch von uns. Ein finanzieller Kraftakt für unser Land.

Ich danke unserem Ministerpräsidenten für die klare Aussage auf dem wohnungspolitischen Kongress, diese finanzielle Herausforderung anzunehmen.

Weitere Beispiele für Bündnisvorschläge sind: die Mietobergrenzen regional zu staffeln und moderat anzupassen, die Genehmigungsverfahren zu optimieren, aber auch Stärkung der Gemeinwesenarbeit. Das Bündnis hat nämlich richtig erkannt, dass wir nicht nur in Backsteine investieren dürfen, sondern auch etwas für die Quartiersentwicklung tun müssen. Wir dürfen uns nicht die künftigen sozialen Probleme bauen, sondern müssen uns um die Menschen kümmern.

Wohnen, auch bezahlbares Wohnen ist eben mehr, als vier Wände hinzustellen. Wir Sozialdemokraten kämpfen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, und daher begrüße ich den ganzheitlichen Ansatz des Bündnisses besonders.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, diese erfolgreiche Bündnisarbeit umzusetzen. Das ist nicht nur Aufgabe dieses Parlaments. Es ist auch Aufgabe der Kommunen und auch der Landesregierung. An dieser Stelle meinen Dank an den Finanzminister, der sich sofort die Ergebnisse des Bündnisses zu Eigen gemacht hat, indem er landeseigene Grundstücken auf den ostfriesischen Inseln zur Verfügung stellt. Gerade in dieser für Niedersachsen immer schwieriger werdenden Lage ist diese

Hilfe und Unterstützung das richtige Signal. Es ist das richtige Signal an die Bündnispartner, dass hier die Landesregierung schnell reagiert hat.

Lassen Sie uns gemeinsam die Vorschläge des Bündnisses umsetzen um Wohnen in Niedersachsen für alle bezahlbar zu machen.